Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 51 (1996)

Heft: 2

Artikel: Österreich : Auswirkungen des EU-Beitritts

Autor: Ziebermayr, Lois

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891901

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

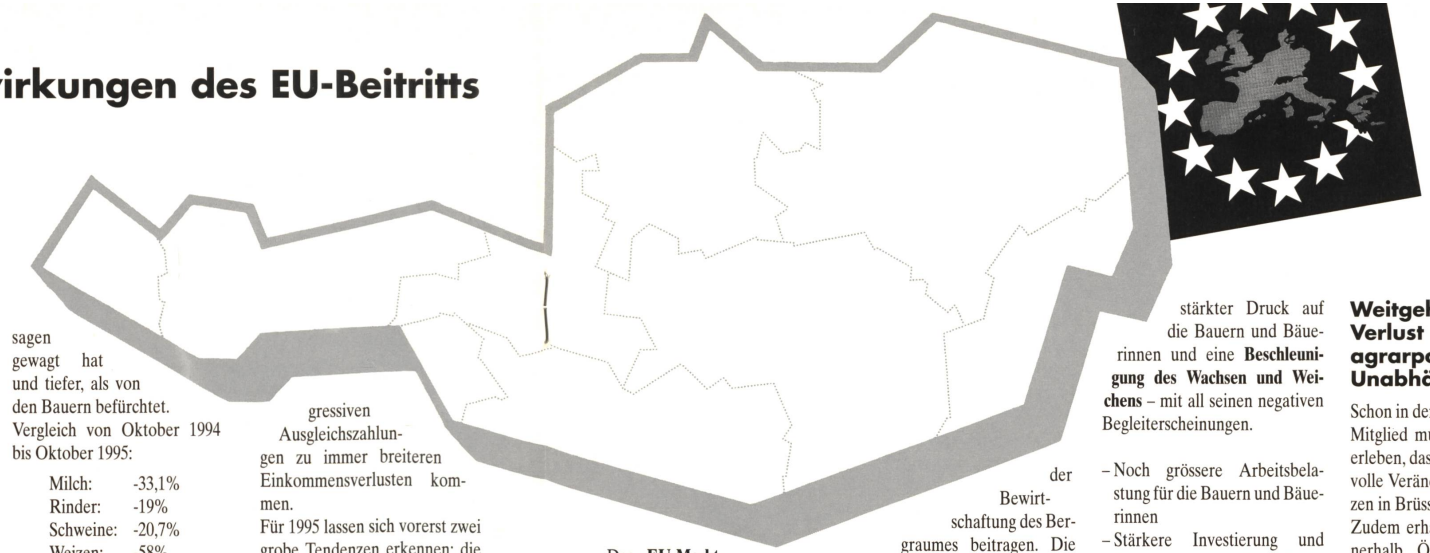
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Österreich: Auswirkungen des EU-Beitritts



Wenn wir in unserm Heft immer wieder auf Schwachstellen der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP der EU hinweisen, geschieht dies nicht in der Annahme, wir könnten damit den Lauf der Dinge wesentlich beeinflussen. Aber wir können uns mit den Auswirkungen der GAP vertraut machen. Ob die Schweiz dereinst der EU beitritt oder nicht, dürfte für die Schweizer Bauern nämlich mehr oder weniger auf dasselbe hinauslaufen. Der Anpassungsprozess (im Klartext und am besten spürbar heisst das Preisabbau) läuft auch bei uns auf Hochtouren.

Wir können uns informieren. Dann trifft uns das vermeintlich Unvermeidliche nicht unvorbereitet. Jede Neuausrichtung braucht Zeit. Je früher wir uns auf neue Gegebenheiten einstellen, desto grösser die Chance, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden.

«Der befürchtete Einbruch fand nicht statt»

So stand am 10. Januar in einer Meldung des Landwirtschaftlichen Informationsdienstes lid. zu lesen. Im Mittel hätten sich die erzielten Einnahmen und die ausbezahlten Leistungsabgeltungen die Waage gehalten und sogar eine Einkommenszunahme von 2 % bewirkt. Ich traute der Meldung nicht ganz und habe mich bei unseren Kollegen im Nachbarland erkundigt, ob die Realität mit der zitierten Meldung übereinstimmt.

«Im Mittel», meint der Ernte-Verband, könne das in etwa zutreffen. Denn in der Tat habe der Staat den Preisausfall zu 100 % ausgeglichen. In den nächsten drei Jahren wird diese Stützung jedoch auf 60, dann 40 und schliesslich 10 % abgebaut, um in 4 Jahren ganz zu versiegen. Mag Lois Ziebermayr von der österreichischen Bergbauernvereinigung ist der Sache noch mehr auf den Grund gegangen. Im folgenden Beitrag setzt er sich differenziert mit der Situation auseinander und zeigt Wege auf, wie die Agrarpolitik der EU (und sinngemäss auch bei uns) umwelt- und menschenverträglicher gestaltet werden könnte. (Red.)

Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Landwirtschaft

Ein Jahr nach dem EU-Beitritt sind viele Bauern und Bäuerinnen ernüchtert und enttäuscht, auch wenn die offiziellen Stellen sich in Zweckoptimismus üben. Die dramatisch verfallenen Preise, die ständigen Änderungen und Unsicherheiten bei den versprochenen Förderungen, der enorme und laufende Aufwand um die Förderansuchen und nicht zuletzt die geringe Hoffnung, dass es besser wird, sind dafür verantwortlich.

Rahmenbedingungen der EU: Niedrige Preise und ungerecht verteilte Förderungen

Die **Erzeugerpreise** sind nach dem Beitritt zur EU für alle Produkte rasch und dramatisch gesunken (zwischen 20% und 60%) und sinken teilweise noch weiter. Tiefer, als die Interessensvertretung jemals vorherzusagen gewagt hat und tiefer, als von den Bauern befürchtet. Vergleich von Oktober 1994 bis Oktober 1995:

Milch:	-33,1%
Rinder:	-19%
Schweine:	-20,7%
Weizen:	-58%

Die **EU-Ausgleichszahlungen** (für Getreide, Stiere u.a., im Zuge der Agrarreform von 1992 eingeführt) können die Preisverluste in Österreich bei weitem nicht ausgleichen.

Die **österreichischen degressiven Ausgleichszahlungen** schaffen den Ausgleich der Verluste nicht annähernd. Für die nächsten Jahre sieht es dementsprechend schlechter aus.

Bei Stieren waren aufgrund des erwarteten «geringen» Preisverlustes gleich gar keine nationalen Ausgleichszahlungen vorgesehen.

Die **Strukturförderungen** (Investitions-, 5b-Regionalförderungen, Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete) und das umfangreiche **Umweltprogramm** (ca. 7,3 Mrd. Schilling) (ÖPUL), das trotz einiger Schwächen grundsätzlich positiv zu bewerten ist, können zu wenig entgegenhalten.

Die **Summe der Ausgleichszahlungen und Förderungen** der EU und Österreichs werden vermutlich im Durchschnitt die Preisverluste für 1995 ausgleichen können, aber eben nur im Durchschnitt, und für die nächsten Jahre wird es aufgrund der gestuften Absenkung der degressiven Ausgleichszahlungen zu immer breiteren Einkommensverlusten kommen.

Für 1995 lassen sich vorerst zwei grobe Tendenzen erkennen: die grünland- und rinderhaltenden Betriebe dürften zu denen gehören, die unter dem Durchschnitt liegen und bereits 1995 Verluste erlitten haben, da die Preise stärker als erwartet gesunken sind, für Stiere keine degressiven Ausgleichszahlungen eingeführt wurden und das EU-Marktordnungssystem mit seinen Ausgleichszahlungen eher auf Feldfrüchte ausgelegt ist.

Weiter gehören eher die kleineren Betriebe zu den «Verlierern», während grosse zu den «Gewinnern» zählen werden.

Die **Ausgleichszahlungen und Prämien** der EU, die im Rahmen der GAP-Reform eingeführt wurden, sowie die österreichischen **degressiven Ausgleichszahlungen** werden in der Regel nach Fläche oder Tierzahl berechnet.

Benachteiligt werden dadurch die kleinen Betriebe.

- Je kleiner ein Betrieb, um so weniger Förderungen erhält er
- Förderobergrenzen je Betrieb fehlen oder sind zu hoch angesetzt.

An der ungerechten Verteilung der Fördermittel, die der frühere EU-Kommissar McSharry kritisierte, hat sich nichts verbessert. Nach wie vor gehen europaweit 80% der Förderungen zu 20% der Betriebe.

Das **EU-Marktordnungssystem** mit niedrigen Preisen verbunden mit Ausgleichszahlungen erhöht automatisch den Förderanteil am Einkommen. Das ist aus mehreren Gründen bedenklich:

- Die Förderungen werden derzeit ungerecht verteilt.
- Förderungen sind nicht langfristig sicher, sondern – noch offensichtlicher als gestützte Preise – vom politischen Willen, der Budgetlage usw. abhängig.
- Bauern fühlen sich abhängig und als Almosenempfänger.
- Durch den niedrigen Preis verlieren die erzeugten Produkte an Wert. Das führt nicht nur zu kurzfristigen «logischen» Unsinnigkeiten, sondern widerspricht einer langfristigen Orientierung an nachhaltig erzeugten Qualitätsprodukten.

Mit der neuen **Bergbauernförderung (Ausgleichszulage)** der EU werden gegenüber der alten österreichischen Regelung die kleineren Betriebe und die Betriebe mit höherer Erschwernis benachteiligt, und die grösseren Betriebe und die Betriebe mit geringerer Erschwernis begünstigt. Die frühere österreichische Regelung war auch als sozialer Ausgleich für die Bergbauern gedacht und sollte zur Sicherung der Bewirtschaftung des Bergraumes beitragen. Die Förderung war um so höher je grösser die Erschwernis und je geringer (!) das Einkommen.

Die EU-Ausgleichszulage orientiert sich hingegen an der Fläche bzw. am Tierbesatz und hat nur eine geringe Abstufung zwischen den einzelnen Zonen.

Die zusätzliche «Fördermilliarde für die Bergbauern» geht somit in die grösseren Betriebe und in die weniger benachteiligten Zonen, die kleineren Betriebe bekommen davon nichts.

Das ist um so schmerzhafter, da gerade diese kleinen Betriebe auch aus den sonstigen flächen- oder tierbezogenen Förderungen keinen Ausgleich für die gefallenen Preise erhalten werden.

Die **Abwanderung,** die in Österreich seit Beginn der 90er Jahre auf hohe 5% (etwa 10'000 Beschäftigte) pro Jahr gestiegen ist, wird in den nächsten Jahren sicherlich nochmals steigen. Derzeit macht sich unter den Bauern und Bäuerinnen eine Resignation breit, die diese Abwanderung weiter beschleunigen wird.

Die Folgen: Weniger Bauern und Bäuerinnen – intensivere Betriebe

Die **Folgen dieser neuen Rahmenbedingungen** sind ein verstärkter Druck auf die Bauern und Bäuerinnen und eine **Beschleunigung des Wachsen und Weichens** – mit all seinen negativen Begleiterscheinungen.

- Noch grössere Arbeitsbelastung für die Bauern und Bäuerinnen
- Stärkere Investierung und Konzentration der Produktion
- Beschleunigung der Abwanderung aus der Landwirtschaft
- Auseinanderentwicklung in Intensivproduktion und Extensivierung – betrieblich und regional
- Aufspaltung der Landschaft in «Schutz- und Schmutzgebiete»

Die betriebliche Beratung der Kammern geht genau in diese Richtung. Die leistungsfähigeren und intensiveren Betriebe sollen aufstocken und die kleineren Betriebe sollen sich für etwas anderes umschauen (Ökolandbau, Direktvermarktung, Nebenerwerb ...).

Die Milcherzeugung beispielsweise wird von den kleinen zu den grösseren Betrieben, von den ungünstigeren zu den günstigeren Regionen wandern. Ab April 1996 wird die Handelbarkeit der Milchkontingente weiter erweitert.

Die Milchproduktion droht tatsächlich aus dem wirklichen Berggebiet gänzlich in das Alpenvorland abzuwandern.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich im ohnehin schon konzentrierten Rindermast- und Schweinebereich ab.

Die Berglandwirtschaft ist mit den derzeitigen Rahmenbedingungen wohl kaum zu halten.

Weitgehender Verlust der agrarpolitischen Unabhängigkeit

Schon in der kurzen Zeit als EU-Mitglied mussten wir oft genug erleben, dass selbst kleinste sinnvolle Veränderungen von Gesetzen in Brüssel scheitern.

Zudem erhalten jene Kräfte innerhalb Österreichs Auftrieb, die auch eine Politik des «Wachsens und Weichens» verfolgen. Im vergangenen Herbst hat die Österreichische Regierung als «Vorleistung» zum EU-Beitritt die strengen Tierbestandsobergrenzen und die Düngemittelabgabe aufgehoben bzw. aufgeweicht.

Die Rahmenbedingungen ändern: Gerechte Einkommen und umweltgerechte Landwirtschaft

Grundsätzlich ist auf eine Umgestaltung der EU-Agrarpolitik in Richtung sozialer Ausgewogenheit der Förderungen und Einkommen – damit auch kleine und mittlere Bauern leben können – und flächendeckend umweltgerechter Bewirtschaftung hinzuarbeiten. Wobei beide Aspekte gleichzeitig verfolgt werden sollten.

Die vielfältigen Aufgaben der Landwirtschaft in Österreich können nicht durch immer wenigere aber grössere und intensiver wirtschaftende Betriebe gewährleistet werden. Bauern und Bäuerinnen brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen wirtschaftlich ermöglichen, umweltgerecht zu wirtschaften.

Die **Österreichische Bergbauernvereinigung – Initiative für eine bäuerliche Zukunft (ÖBV)** ist ein überparteilicher und unabhängiger Verein, mit dem Ziel, neue Wege in der Landwirtschaft zu suchen und zu verwirklichen. Unsere Hauptanliegen sind gerechte Einkommen und würdige Arbeits- und Lebensbedingungen für Bauern und Bäuerinnen und eine unmweltgerechte Landwirtschaft.
Österreichische Bergbauernvereinigung Herklotzgasse 7/21, 1150 Wien, Tel. 0222/8929400; Fax 0222/8932927

Vorschläge zur sozial gerechten Gestaltung der Förderungen:
Die **Bergbauernförderung** (Ausgleichszulage) sollte wieder so gestaltet werden, dass sie gerade für Betriebe mit hoher Erschwernis und für kleinere Betriebe mit geringem Einkommen besonders einkommenswirksam ist.
Dafür wäre die Wiedereinführung eines **betriebsbezogenen Sockelbetrages,** der gerade kleinere Betriebe und Betriebe mit höherer Erschwernis bevorzugt, am wichtigsten.

Die EU-Marktordnungszahlen sollen so umgestaltet werden, dass europaweit nicht weiterhin wenige und intensive Grossbetriebe den Grossteil der Förderungen erhalten. Die Staffelung der Fördersätze nach Grösse wäre ein notwendiger Schritt dahin.

Generell ist eine Umorientierung von den flächen- bzw. tierbezogenen Förderungen, die immer die Grossstrukturen fördern, zur Förderung der Arbeitskräfte auf den Bauernhöfen sinnvoll.

Durch Einrechnung der ökologischen Folgekosten müssen **mittelfristig höhere Erzeugerpreise für umweltgerechte, regionale Lebensmittel** möglich sein. Regionale Versorgung statt internationales Hin- und Hertransportieren von Lebensmitteln, umweltgerechte Lebensmittel und Vielfalt statt Massenproduktion und Gentechnik müssen sich wieder rechnen.

In der EU-Agrarpolitik stehen mittelfristig zwei Wege zur Wahl: Fortsetzung der bisherigen Politik. Das bedeutet allerdings eine noch stärkere Liberalisierung der Märkte und Intensivierung der Produktion. Oder eine grundsätzliche Umorientierung der Agrarpolitik Richtung umweltgerechter Landwirtschaft.

Anstatt (wenig intensive) Flächen und Betriebe stillzulegen und auf den anderen um so intensiver zu arbeiten, wäre es ökologisch und sozial sinnvoller, europaweit flächendeckend weniger intensiv und umweltgerechter zu wirtschaften.
Dies wäre auch ein wirksames Mittel zur Mengenbegrenzung und ein Gegenkonzept zur weiteren Liberalisierung (d.h. Preissenkungen) der EU-Agrarpolitik und als bäuerliche Gegenleistung für die Gesellschaft zu sehen.
Die ökologische Mengenbegrenzung könnte je nach Produkt mit einer unterschiedlichen Mischung von Massnahmen erfolgen (z.B. Ausbau von Kontingenten und Umweltmassnahmen).
- Ausbau der Umweltprogramme
- Ausbau der Extensivierungsprämie im Rinderbereich
- Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln und Pestiziden
- Verbot besonders umweltbelastender Mittel

Um diese Ziele zu erreichen braucht es viele Verbündete und einen gesellschaftlichen Konsens über die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Mag. Lois Ziebermayr, Bildungsreferent der Österreichischen Bergbauernvereinigung

Entwicklung der landw. Erzeugnispreise in Österreich

	1994 (in ös)	1995 (Aug.)	Entw. in %	Degr. Ausgl. (in ös)***	Entw. (inkl. ***)
Milch	6.–/kg	4.–	**-33%**	0.82.–/kg	**-20%**
Schwein	23.–/kg	19.–	**-18%**	80.– ös/Tier	**-13%**
Stier	50.–/kg	36.–	**-28% (-20%)***	–	**-20%**
Kühe	40.–/kg	31.–	**-23%**		**-23%**
Mahlweizen	3.60/kg	1.50	**-58% (-37%)***	3100.–/ha	**-19%**
Eier	0.83.–	0.67	**-23%**	–	**-23%**

* inkl. EU-Ausgleichszahlung (Rinderprämie) von: ös 1490.–/Stier
** inkl. EU-Ausgleichszahlung von: ös 3928.–/ha Getreide
*** Österreichische **degressive** Ausgleichszahlung 1995

Quellen: WIFO-Monatsberichte / BMLF – EU-Quartelsberichte
«Der Bauer», LWK-OÖ (23.8.1995)

Österreichische Bergbauernvereinigung